

ÖVP-Rebellen wollen Republik Europa

VON MARGARETHA KOPEINIG

„Es gibt nicht die eine Lösung, es gibt nicht den einen großen Wurf, den einen Paukenschlag“, ist die Standard-Antwort von Bundeskanzlerin **Angela Merkel** auf die Krise. Gebracht hat die Politik der kleinen Schritte bisher noch nichts.

Es gibt sie, die Lösung, sagen täglich mehr Wirtschaftsbesse, Europa-Abgeordnete, mutige Politiker, Menschen der Zivilgesellschaft. „Eine Europäische Föderation“, ein „Europäischer Bundesstaat“, sind für Ex-Nationalratspräsident **Heinrich Neisser** die Antworten auf die Krise.

Seine Mitstreiter der Bewegung „nova europa“ (www.nova-europa.eu) fordern eine „Europäische Republik“ mit einem Präsidenten an der Spitze, der EU-Kommission als Regierung und einem starken Europäischen Parlament. „Europa wird nur dann ernst genommen werden, wenn es als Staat auftritt“, sagt „nova europa“-Obmann **Karl Koller**.



Heinrich Neisser fordert den Europäischen Bundesstaat



Die Initiative versteht sich als unabhängig und wurde von Neisser sowie anderen Ex-ÖVP-Politikern gegründet. EU-Republikaner sind Ex-Vizekanzler und Gründer des Ökosozialen Forums, **Josef Riegler**, der Unternehmer **Josef Taus**, die Wiener ÖVP-Landtagsabgeordnete **Ingrid Korosec** und Ex-Verteidigungsminister **Werner Fasslabend**.

„Will Europa mit seinem Wohlstand und sozialen Frieden nicht untergehen, wird Europa stärker werden müssen. Das geht nur gemeinsam und durch Vertiefung“, betont Neisser.

Wir wollen die „Republik Europa“, um damit auch eine Wirtschaft durchzusetzen, die „nicht neoliberal ist, zügellose Spekulationen zulässt und die wirtschaftspolitische Entmachtung der Staaten durch einen Standortwettbewerb um Niedriglöhne und Niedrigsteuern vorantreibt. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft. Die ‚Republik Europa‘ bringt auch den ökonomisch Schwachen etwas“, sagt Koller. „Die

Kleinstaaterei schadet den kleinen Leuten.“ Sein Argument: „Scheitert Europa, wird sich die Situation für alle, vor allem für den Mittelstand und die sozial Schwächeren, massiv verschlechtern. Der Schutz vor der Macht der Konzerne und den Turbulenzen an den Finanzmärkten fällt dann weg.“ – „Nova europa“ will sich EU-weit vernetzen, um mehr Druck auf Regierungen auszuüben.



Mythen und Fakten: Als „komplett unwahr“ weist die EU-Kommission Medien-Berichte zurück, wonach das Aufblasen von Luftballons oder die Verwendung von Partytröten für Kinder verboten sei.

Es gibt eine EU-Spielzeug-Richtlinie aus 2009. Darin steht: „Ballons aus Latex müssen mit einem Warnhinweis versehen sein, dass Kinder unter acht Jahren beaufsichtigt werden müssen und defekte Ballons zu entsorgen sind.“ Die Warnung gibt es in Folge von Unfällen durch Einatmen von Luftballonteilen, bei denen es auch zum Tod durch Ersticken gekommen sei. In Großbritannien ersticken jährlich 25.000 Kinder im Alter bis zu 14 Jahren. Nur die Hälfte der Unfälle sei auf Essen zurückzuführen. Die USA haben ähnliche Vorschriften wie die EU.

margaretha.kopeinig@kurier.at

Kurier, 17. Oktober 2011, S 7